

über die Diktatur, daß der Reichspräsident nicht bereit sein wird, das von ihm bezeichnete Wirtschaftsprogramm freizugeben, und daß er eine Weiterführung dieses Programmes für notwendig erachtet. Ob der Reichspräsident nicht bei dem Scheitern aller Verhandlungen dem letzten Kabinett ohne jede Verzögerung die Möglichkeit zur Klärung der innerpolitischen Lage auf anderem Wege geben wird, ist eine Frage, die der Reichspräsident allein zu entscheiden hat.

Darum geht hervor, daß die Papenregierung jenseitig werden soll, wofür sich kein Verantwortlicher durch die Differenzen im Lager der Bourgeoisie finden lassen darf.

Die Bedeutung der Differenzen im Lager der herrschenden Klasse

Kommt es gerade dazu demoralisiert zum Ausbruch, daß der revolutionäre Aufschwung die Verläufe der Kontinentalrevolution, ihre Kräfte zu spalten, immer schwieriger gestaltet und zu wachsenden Differenzen in ihrem eigenen Lager führt. Darin kommt

eine treffliche Befähigung der Beschlüsse des 12. Plenums

des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale zum Ausdruck, in denen es u. a. heißt:

„In der Regel fällt es der Bourgeoisie immer schwerer, die in ihren Reihen entstehenden Konflikte beizulegen.“ (Aus der Resolution des 12. Plenums der Kommunistischen Internationale.)

Das ist aber vornehmlich die Folge des Kampfes der Arbeiterklasse gegen den Faschismus in allen seinen Formen.

So wichtig darum die wachsenden Differenzen im bürokratischen Lager für die Stärkung der revolutionären Kräfte und für die Taktik der Kommunisten sind, so wenig dürfen sie das Proletariat zu dem Fehler verleiten, den Kontinentalkampf der bürgerlichen Parteien untereinander als einen Kontinentalkampf verschiedener Klassenagruppierungen anzusehen.

Alle Parteien von Hitler bis Weis leben auf dem Boden der kapitalistischen Eigentumsordnung, sind Feinde des revolutionären Auswegs, sind Instrumente der herrschenden Klasse.

Ihre Differenzen untereinander entspringen ausschließlich der Behauptung des kapitalistischen Systems gegen den revolutionären Antagonismus, dem gegenläufigen Kampf um den durch die Wirtschaftskrise geschwächten Staat, schließlich dem Streit um die Behauptung des Staatsapparates als dem mächtigsten Instrument zur Vertiefung des dem Proletariat abgepreßten Mehrwertes.

Rur unter diesem Gesichtswinkel darf der gegenwärtige Streit unter den bürgerlichen Parteien, ihre schließliche Kampfpfeilung gegen die Papendiktatur wie ihr Ruf nach der „nationalen Konzentration“ gewertet werden.

Schon in seinem Juni-Artikel in der „Internationalen“ wandte sich Genosse Thälmann kritisch gegen den Verwirrungsfeldzug der SPD-Führer, als habe mit der Abkündigung des Bündnisses durch Papen der Klassenkampf der bürgerlichen Diktatur eine entscheidende Veränderung erfahren. Die bürgerliche Diktatur in Deutschland basiert auf dem Klassenbündnis zwischen Finanzkapital und Großagrarern. Dieses Klassenbündnis hat mit der Errichtung der Papenregierung lediglich die Gewichtsverteilung zugunsten der Großagrarier innerhalb dieses Bündnisses verschoben, wodurch die Differenzen zwischen Teilen der Groß- und vor allem der Exportindustrie mit dem Agrarkapital in der Frage der Kontinentalisierung, der Zollpolitik, der lokalen Subventionen härter zum Ausdruck kommt. Aber nicht das ist entscheidend bei der unerbittlichen Beurteilung der Ernting- und Papenregierung.

Schlüsselpunkt für die Beurteilung der Papenregierung ist ihre Verschärfung der Angriffsmaßnahmen gegenüber dem Proletariat und seiner revolutionären Avantgarde.

Mit dem 20. Juli wurde eine der Formen der faschistischen Diktatur errichtet. Über den 20. Juli, die später erfolgte diskontinuierliche Auflösung des Reichstages, führt der gerade Weg zu den bestmöglichen künftigen Plänen einer faschistischen „Bermalmungsreform“, zur Errichtung der „Präsidentenregierung“ unter Ausschaltung des Parlaments, zum Wahlrechtssystem unter Ausschaltung der Zweiten Kammer, zum Übergang in monarchistische Restaurationsbestrebungen. Die Pläne der extremen Vertreter des Finanzkapitals und des Junkertums, insbesondere des Einzelhändlers des schärfsten faschistischen Kampfes, Hugentberg, haben in dieser Entwicklung ihre reale Durchführbarkeit. Aber diese Politik lehnt den Versuch der „nationalen Konzentration“ aller faschistischen Kräfte zur besseren Sicherung der bedrohten kapitalistischen Herrschaft nicht aus. Nur soll sich das einheitliche Handeln und der offene Zusammenbruch aller Teile der Kontinentalrevolution unter der beherrschenden Führung Papens und des hinter ihm liegenden Teils der Bourgeoisie vollziehen. Dem entspricht der Versuch der Papen-Schleier-Regierung vom 13. August, die Nazis als unmittelbare Stützen der kapitalistischen Diktatur in die Regierung einzubeziehen, aber gleichzeitig die Konjunkturpolitik Hitlers abzulehnen.

Darum ebenso die verächtlichen Reize Papens nach München, die übertriebene Kontinentalisierung für die bedürftigsten Untergruppen der Papenregierung zu gewinnen, darum seine Reize nach Dresden, um sich der vollen Unterstützung der Schleierregierung zu vergewissern, darum die Geheimverhandlungen Papens mit dem Zentrum, darum vor allem die neuerliche Einladung Papens zur Parteiführer-Versammlung, die Einladung an Hitler, wie auch an die sozialdemokratischen Führer.

Wird der Papenregierung diese Konzentration gelingen? Wird, wenn ihr Ziel nötigenfalls gegangen wird, es dem Reichstag Papens gelingen, die Differenzen im bürgerlichen Lager abzumildern, um einheitlich und mit größerer Aussicht die weitere Errichtung der faschistischen Diktatur durchzuführen?

Die Beantwortung dieser Frage hängt von der Stärke anderer Einheitsfrontaktionen ab, von dem Tempo ihrer Entfaltung zur Gewinnung der sozialdemokratischen Arbeiter und der Werktätigen der SPD für den gemeinsamen Kampf gegen Hunger und Faschismus.

Schon haben wir in den letzten Monaten Hunderttausende von Arbeitern und Werktätigen der Massenbasis der faschistischen Diktatur entlassen. Verspottet wir unsere Anstrengungen! Schematisiert wir die wertvolle Jugend gegen den drohenden Wahlrechtsverlust! Mobilisieren wir die Großbetriebe gegen den bereits im Ruhrgebiet eingeleiteten Lohnraub? Formieren wir die Erwerbslosen für die Errämpfung ausreichender Winterhilfen? Entschließen wir uns all den kauderwäldigen Frontabteilungen des Kampfes zwischen Kapital und Arbeit die Führertafel unterer, der einzigen revolutionären Partei!

Buchkontrolle für alle Parteimitglieder vom 13. bis 20. November 1932!

Die Betriebszelle — die Grundlage der Partei! Das darf kein Schlagwort sein — die Verwirklichung dieses Gedankes entspricht dem Kampf um die Eroberung der Mehrheit der Arbeiterklasse! In jedem dieser Betriebe des Organisationsprinzips der Kommunistischen Internationale liegt die große Buchkontrolle im Bezirk Sachfen vom 13. bis 20. November! In jeder Parteizelle muß in dieser Woche jedes Parteimitglied Buchkontrolle machen nach folgenden Gesichtspunkten:

Drei SPD-Drudereien polizeilich befehligt

Erneute Hausdurchsuchung in der Druderei der „Arbeiterstimme“. Beantwortet die Anordnung der kommunistischen Presse mit verstärkter Massentwerbung!

Am Montagvormittag befehligte ein Polizeikommando uniformierter Beamter unter Führung einiger Kriminalbeamter des Essener Polizeipräsidenten die Druderei des Ruhr-Ges. Die Druderei und die Redaktionsräume wurden einer eingehenden Untersuchung unterzogen, die sechs Stunden dauerte. In der Druderei wurden zwölf Schneidmesser und ein Pantoffel entfernt und beschlagnahmt. Trotz der eingehenden Durchsuchung der Redaktionsräume konnten die Kriminalbeamten dort nichts beschlagnahmen.

Während der sechsstündigen Durchsuchung des Gebäudes des Ruhr-Ges. sammelten sich zahlreiche Arbeiter und Werkstätige Essens an, die gegen die Hausdurchsuchung lebhaft protestierten. Auch in Düsseldorf und Stuttgart fanden am Montag im Laufe des Tages Hausdurchsuchungen in den Redaktions- und Druckräumen der Düsseldorf Freiheit und der Stuttgarter Arbeiterzeitung statt.

Am heutigen Vormittag besuchte die politische Polizei auch in Dresden in einer erneuten Durchsuchung der Räume der Zeitung, der Druderei der Arbeiterstimme, ein, nachdem sie schon am Dienstag Hausdurchsuchung vergeblich gemacht hatte.

Offenbar geht es nicht nur in Dresden „Vorwände“ für eine erneute Durchsuchung der Druderei der Arbeiterstimme, der Arbeiterstimme, zu suchen.

Diese einheitlichen Aktionen der Polizei sind ohne Zweifel auf Veranlassung „höherer Stellen“ angeordnet, um ebenso wie in Berlin, Bremen und Magdeburg die Notationsmaschinen, auf denen die kommunistischen Tageszeitungen gedruckt werden, zu beschlagnahmen.

Die Bourgeoisie legt ihren Fingern gegen die kommunistische Presse fest.

Das Vorgehen des Reichsgerichts und der Polizei gegen die kommunistischen Drudereien sind ein Alarmzeichen für die revolutionäre Arbeiterklasse. Sechs Millionen bekannnten sich am

6. November zur Kommunistischen Partei. Die Maßnahmen des kapitalistischen Staatsapparates richten sich nicht nur gegen die Millionen kommunistischer Wähler, sie richten sich gegen die Werktätigen, die um Lohn und Brot kämpfen. Kraft dieser Proteste gegen die Beschlagnahme unserer kommunistischen Zeitungen ein. Nehmt in allen Betrieben, auf allen Stammtischen Stellung und verlangt die Freigabe der bis jetzt schon beschlagnahmten kommunistischen Drudereien.

Entscheidet darüber hinaus aber eine gewaltige Massentomben zur Werbung für die kommunistische Partei. Trefft schon jetzt umfassende Vorbereitungen für die Winterkampagne in der es uns gelingen muß.

Kaufende von Arbeitern als neue Abonnenten zu gewinnen und somit die gewaltigen Sympathien für die SPD zu schlingen und zu verantern.

Mildes Urteil gegen Hitlers Bundesweilichen-Faschisten

Berlin, 17. November. (Sig. Drahtbericht.) Vor dem Sondergericht in Nürnberg fanden gestern die Verhandlungen gegen die 4 Chauffeure Hitlers statt. Die vier Chauffeure wurden wegen Verstoßes gegen die Wehrverordnungen, ohne jeden Grund Faschisten in der drucklosen Zeitungsdruckerei und mit Handgepäckchen auf die Einwohnerviertel zu schleichen. Auch ein Revolverbesitz wurde abgefragt. Das Sondergericht verurteilte 3 Hitler-Chauffeure zu je 4 Monaten Gefängnis, einer erhielt 10 Monate Gefängnis. Um dieses Urteil zu bewerten, braucht man sich nur das Berliner antifaaschistische Kampfblatt zu erinnern, der bei einem früheren Verhör einen Schutz abgeben haben soll, bei dem niemand verurteilt wurde, der aber zu 10 Jahren Zuchthaus verurteilt wurde.

Rhein- und Ruhrarbeiter mobilisieren zum Kampf

Essen, 16. November. Die Schwerindustrie des Rhein- und Ruhrgebietes verliert einen neuen Lohnraub durchzuführen, der sofort auf den härtesten Widerstand der Arbeiterklasse stoß. Die Kampfmobilisierung der Arbeiter in den Nordwestbetrieben Union, Hocht, Phoenix und Krupp macht weitere Fortschritte. Die reformistische Gewerkschaftsbürokratie verurteilt die Lohnraubpläne der Nordwestbetriebe zu unterbinden. Um so härter aber wächst der Wille der freierwerbsfähig und christlich organisierten Arbeiter, den Angriff auf den Lohn mit dem Streik zu beantworten.

Essener DWA-Mitglieder für Streik!

In einer DWA-Bezirksversammlung in Essen-Mitte wurde einstimmig folgender Beschluß gefaßt: Die Verammlung stellt fest, daß der Lohnraub von 1 Pfennig im Dezember und um 2 Pfennig im Januar die Lage der Krupparbeiter weiter ungeschmechlicher macht.

Die Verammlung beschließt, der Kruppbelegschaft zu helfen, sie zu unterstützen gegen jeden Pfennig Lohnraub, auf jede Verschärfung der Lebenslage mit Streik zu antworten.

Kampfbekanntheit führt zum Sieg

Die Direktion der Rheinischen Pappwerke AG in Hildorf, verlor in den letzten Wochen wiederholt die Löhne abzubauen. Als das am Widerstand des roten Betriebsrates scheiterte, sollte die Arbeitszeit bei einem „Lohnausgleich“ von zwei Pfennig herabgesetzt werden. Im Namen der gesamten Belegschaft erklärte der rote Betriebsrat, daß auf jeden Lohnraub mit dem Streik geantwortet wird, worauf der Unternehmer teillos kapituliert.

Jugendbelegschaft im Streik

In den Gummimatten Fertigung-Schwelm wurde ein Jungarbeiter gemobbt, weil er eine Sammlung für die Streikenden des Schwelmer Eisenwerkes durchgeführt hatte. Darauf trat am Dienstag früh die Jugendbelegschaft, die sich in der Mehrzahl aus Jugendlichen zusammensetzt, in den Streik. Ein aus drei Jungarbeitern und drei Jungarbeiterinnen gebildeter Kampfausschuß forderte die Belegschaft des gemobbteten Jungarbeiters, was vom Unternehmer abgelehnt wurde. Sofort wurden starke Polizeikräfte gegen die Streikenden eingesetzt, die gegen die Streikposten vorgingen. Zwei Jungarbeiterinnen wurden von Polizei in Haft verhaftet, mußten aber nach einigen Stunden wieder freigelassen werden.

Erwerbslose, Alarm!

Dor neuem Unterhaltungsabbau! Betriebe und Stempelketten, verbündet euch zum Kampf!

Die eisernen Rostwerke legen das Siegel der Frieden und Hungernden sieben Millionen Erwerbslosen unbarmherzig. Aber es ist noch nicht genug der Not. Es soll noch schlimmer kommen. Das offizielle Gewerkschaftsorgan „Der Deutsche“, meldet in aufsehenerregender Form:

„Es besteht begründeter Anlaß zu der Befürchtung, daß die Regierung Papen dazu bereit ist, ein Attentat auf die Arbeitslosen-Versicherung und damit auf die Reichsanhalt zu unternehmen. Diese Befürchtung liegt um so näher, als man deutlich die Tendenz beobachten kann, durch Verschärfung der Zeitungsbeschränkung und Herabsetzung

der Unterhaltungen eine systematische Aushöhlung der Arbeitslosen-Versicherung zu betreiben.“

Diese Meldung ist um so alarmierender, als wir schon im Innern der Katastrophe des rückwärtslosen Unterhaltungsabbaus stehen. Einmalig bis zwei Millionen sind nur noch in der Au- und Krisenunterstützung. Zwei Millionen erhalten die Wohlfahrtspolizei und die übrigen zwei Millionen? Es ist unmöglich, während die Kapitalisten auf ihren Winterböcken sitzen und Geld häufen, nicht einen Pfennig.

Zufünftigen, Schattenerlösen! Zwei Millionen zum Überleben!

Und ihre Zahl soll nun der Meldung des „Deutschen“ zufolge eine weitere grauenvolle Vermehrung erfahren.

Was die herrschende Klasse und ihr Machtapparat angeht, dieses Helfende Wollens unternehmen wird durch ein so trefflicher Charakteristik, als durch die Tatsache, daß zum Beispiel die Dresdner Wohlfahrtspolizei mit Schmeicheleien erstickt werden soll. Auch andere Meldungen sprechen dafür, es verflüchten.

Polizeierfolg nach Winterhilfe

Nicht. So meldet das Berliner „Tempo“, daß im Berliner Polizeipräsidium eine Konferenz aller Kriminaldirektoren und aller Polizeipräsidenten aus Deutschland stattgefunden hat, die „Wohlfahrt“ der Polizei „gegen die zunehmende Kriminalität“ zu beraten.

Aber das wertvolle Volk braucht nur eines: Arbeit und Brot!

Die kommunistische Reichsorganisation hat es als ihre Ehrenpflicht betrachtet, als eines ihrer ersten Entwürfe im neuen Reichstag die Forderung auf 50 Mark Winterbeihilfe und Lebensmittelunterstützung für alle Erwerbslosen, Sozial und Kleinrentner sowie für alle Hilfsgerechtigten zu erheben. Die kommunistische Fraktion fordert, die dafür nötigen Mittel über aus dem Reichsverschleiß und durch schmerzliche Beiträge aller reichsbekanntesten Steuerer der Großbetriebe zu beschaffen.

Das sind nicht nur kommunistische Forderungen, das sind die Forderungen des ganzen arbeitenden Volkes. Es muß mit aller Kraft ihre Durchsetzung erkämpfen. Es muß die Solidarität ausschälen in jeder Stadt, in jedem Dorfe organisieren und unterstützen. Den Erwerbslosen Millionenmassen muß erwehrt werden. Die kapitalistische Klasse will es nicht. Aber das wertvolle Volk steht brüderlich im Kampfe gegen Papen und alle seine Stützen zusammen.

Beschärfung des Kampfes der Strehlitzer Festungsgefangenen

Unsere Gefangenen in höherer Gefahr! — Macht die Betriebe mobil für die Freilassung unserer proletarischen politischen Gefangenen!

Der Hungerstreik der Festungsgefangenen in Grottkow hat sich weiter verschärft. Nach zweitägigem Hungerstreik erklärten die proletarischen Gefangenen, daß sie weder Nahrung noch Wasser zu den gefilterten Getränken nehmen werden, um ihren Forderungen größeren Nachdruck zu verleihen. Darauf hat die amtierende Arzt angeordnet, daß Getränke nur mit Nahrung zu liefern sind. Nach bereits sechsstündigem Hungerstreik schickten die Festungsgefangenen auch die Ausnahme dieser Getränke ab.

Ein Festungsgefangener, der aus der Untersuchungsabteilung entlassen wurde, schloß sich aus Solidarität dem Hungerstreik an. Deshalb wurde ihm vom Arzt ein Reinigungsbad verweigert, obwohl er im Untersuchungsgefängnis seit Wochen kein Wasser erhalten hatte. Einem der Gefangenen ging sein Haupt über Kopf, worauf der Arzt erklärte, daß eine Erneuerung der Wasserzufuhr erst dann in Frage kommt, wenn er den Hungerstreik aufgibt.

Obwohl die Bourgeoisie versucht, mit den barbarischen Methoden die proletarischen politischen Festungsgefangenen für den verschärften Streik zu machen, steht der Hungerstreik geschlossen und in bester Kampfstimmung. Unterwegs sind eingekerkerten Gefangenen durch die Entlassung eines mehrfachen Festungsgefangenen in allen Betrieben und an allen Stammtischen! Kampf für die Freilassung aller proletarischen politischen Gefangenen! Macht Mitglieder der roten Partei!

Was ist im Rotenverein Vorwärts los?

Darüber berichtet wegen der Unklarheiten ganz ausführlich. Es bringt einen Sonderbericht über die am Montag festgesetzene Generalversammlung, auf der es zu schweren (unvollständigen) Angaben über den Generalversammlungsbesuch der Partei kam.